

## **Netzwerke der vom Tunnelbau von Stuttgart 21 betroffenen Eigentümer und Anwohner**

**Pressemitteilung vom 11.12.2013**

### **Anwohnernetzwerke fordern endlich Klärung der offenen Fragen zur Gebäudesicherheit auf der Fortsetzung der Erörterung zum Grundwassermanagement**

Am Donnerstag, den 12.12.2013, findet die Fortsetzung der Erörterung zum Planänderungsverfahren Grundwassermanagement statt. Als einzigen Tagungsordnungsordnungspunkt will das Regierungspräsidium den Themenbereich – Lärm, Erschütterungen u. verkehrliche Belange – behandeln. Dabei würden die 35 offenen Fragen der Anwohnernetzwerke zur Gebäudesicherheit „unter den Tisch fallen“.

Die Netzwerke hatten sich daher bereits kurz nach der Veröffentlichung der Tagungsordnung in einem Protestschreiben schriftlich an den Regierungspräsidenten Johannes Schmalzl gewandt. Darauf erhielten sie die Antwort, dass das Regierungspräsidium nach Auswertung des bisherigen Einwendungen zur Überzeugung gelangt sei, dass die planänderungsbedingten Projektauswirkungen bezüglich des Grundwassermanagements“ hinreichend konkret geschätzt werden können“. Auch eine Behandlung der Fragen zur Gebäudesicherheit sei daher nicht mehr erforderlich. Dies ist für die Netzwerke in keinsten Weise nachvollziehbar und sie werden daher eine Behandlung der offenen Fragen zur Gebäudesicherheit auf der Erörterung fordern. Auch die im September aus Zeitgründen ausgefallenen Sachverständigenvorträge, z.B. zur Beweissicherung, sollen nun endlich gehalten werden. Sie haben sich daher erneut in einem offenen Brief an den Regierungspräsidenten gewandt.

*„Vor Beginn dieses Planänderungsverfahrens hieß es von Seiten der politisch Verantwortlichen von Stadt und Land, dass in diesem Verfahren selbstverständlich alle offenen Fragen der betroffenen Bürger geklärt werden müssen und dies werden wir auch einfordern,“* so Frank Schweizer vom Netzwerk Kernerviertel. Auch Ulrich Hangleiter vom Netzwerk Killesberg betont die Notwendigkeit und die Funktion einer Erörterung: *„Wir weisen nochmals daraufhin, dass einer Erörterung die entscheidend wichtige Aufgabe zukommt, die berechnete Unsicherheit der Bürger zu klären, ernst zu nehmen und ihre teils existentiellen Anliegen gegenüber denen der DB AG zu ihrem Recht zu verhelfen. Einen Verweis auf den Rechtsweg halten wir Eigentümer weiterhin für eine Bankrotterklärung.“*

Aus Sicht der in den Netzwerken zusammengeschlossenen Eigentümer und Anwohner sind noch zahlreiche Fragen offen, wie beispielsweise die in einer bahninterne Risiken-Liste aus dem Jahr 2011 explizit aufgeführten und mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 49% bewerteten Risiken für die Gebäudesicherheit. Auch die Ausklammerung der das Kernerviertel betreffende Planabschnitts aus der Planänderung muss noch behandelt werden. Auf die Hinweise des Netzwerks Killesberg, dass es bereits am Killesberg Gebiete gibt, die auch ohne die erschütternden Tunnelsprengungen von Hangbewegungen betroffen sind, wurde auf der Erörterung nicht eingegangen. Die Forderung nach Offenlegung der von der Bahn durchgeführten Trivec-Messungen für die Hänge ist einfach „unter den Tisch gefallen“. Weiterhin ungeklärt ist, warum Prof. Wittke auf der Erörterung einen anderen und deutlich mehr Anhydrit aufweisenden geologischen Schnitt für den PFA 1.5./ Killesberg präsentieren konnte. Die Baugenehmigung wurde auf Basis eines Schnittes erteilt, der deutlich weniger Anhydritvorkommen enthielt, dazu auch noch mit dem Hinweis „vermutet“. Seither fanden keine weiteren Bodenerkundungen statt. Alle weiteren Fragen sind auf der Homepage der Netzwerke [www.netzwerke-21.de](http://www.netzwerke-21.de) zu finden.

#### Kontakt:

Frank Schweizer / Netzwerk Kernerviertel /

Ulrich Hangleiter / Netzwerk Killesberg /